

ASA – Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokrat*innen im Alpenraum

Sozialdemokrat*innen und die Coronakrise

Seit vielen Jahren arbeiten die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien des Alpenraums zusammen. Aus diesem Grunde haben sie in den 80er Jahren die ASA - Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokrat*innen im Alpenraum gegründet. So können sie Erfahrungen austauschen sowie neue Ideen und Vorschläge für die Rechte der Arbeitnehmer*innen, für den Schutz der Umwelt und ein gerechteres Wirtschaften ausarbeiten.

In diesem Sinne hat am 16. April 2020 eine Versammlung der ASA (Videokonferenz) stattgefunden. Dabei wurde insbesondere über die heutige Situation und die Folgen der Coronakrise gesprochen. Teilgenommen haben aus Südtirol (Alessandro Bertinazzo, PSI, Ardelio Michielli, PSI, Uwe Staffler, PD, Klaus Civegna, Koordinator ASA), Tirol (Benedikt Lentsch, SPÖ), Kärnten (Harry Koller, SPÖ, Ervin Hukarevic, SPÖ) und der Schweiz (Rebekka Wyler, SP). Sich entschuldigt haben die Vertreter aus Bayern, dem Trentino und aus Belluno.

In diesen Wochen der Bedrohung durch das Corona-Virus ist das Leben vieler in Gefahr und so manche haben einen lieben Menschen verloren. Die Zahlen sprechen für sich. Die Krise bedroht aber nicht nur Menschen, sie ist auch für unsere Gesellschaft eine besondere Herausforderung. Unsere Gesundheitssysteme stoßen an ihre Grenzen und die Wirtschaft leidet. Der Lock-down des gesellschaftlichen Lebens und eines Großteils der Produktion führen zu ungeahnten und noch nie dagewesenen Konsequenzen. Wirtschaftsfachleute prognostizieren für die Euroländer einen Einbruch des Bruttoinlandsprodukts bis zu 10 %, wobei es den einen etwas mehr und den anderen etwas weniger treffen wird.

Diese Krise wird zu großen Veränderungen führen. Am stärksten werden ihre Folgen die Arbeitnehmer*innen und die sozial Schwachen treffen. Die sozialen Unterschiede werden stärker. Es ist Aufgabe einer sozialdemokratischen Politik, diese Entwicklungen zu konterkarieren.

Es sind dies Themen und Probleme, die in einem gemeinsamen Dokument mit Vorschlägen für einen allmähliche Wiederaufnahme der Normalität gesammelt werden sollen. Arbeitsplätze dürfen nicht verloren gehen, die Produktion muss wieder angekurbelt werden, der Sozialstaat muss der Wirklichkeit des Alpenraums entsprechen, in dem die Wirtschaft oft einseitig auf den Tourismus zum Schaden der Umwelt und der Solidarität zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen gebaut hat.

Ein zentrales Thema ist das öffentliche Gesundheitswesen, dessen zentrale Bedeutung wieder einmal klar geworden ist. Dies erfüllt die Sozialdemokraten mit Stolz, da für sie das öffentliche Gesundheitswesen schon immer ein Meilenstein der Politik ihrer Parteien in Europa und auf der Welt war.

Alle haben sich für die Einführung eines Solidaritätsbeitrags seitens großer Einkommen und Vermögen (in Österreich spricht man von „Millionärssteuer“) ausgesprochen. Außerdem wurde die Forderung vorgetragen, dass Finanzierungen aus dem Rescue-Fund eng an Innovation und Umweltauflagen gebunden werden (vgl. auch „Global Green Rescue Task Force“).

Ein letztes Thema war die europäische Solidarität, die nachgelassen hat. Der Zusammenhalt braucht einen neuen An Schub hin zum Aufbau der Vereinigten Staaten Europas.

Alex Berti, PD, Bozen